



Fotos: Martin Zint

Die lokale Bevölkerung wie hier im Tschad profitiert selten vom Ölabbau...

# Welt versus Bank

**Internationale Zeugen bescheinigen der Weltbank eine Politik, die eher das Wohl der westlichen Konzerne und VerbraucherInnen im Blick hat, als die Bekämpfung der Armut.**

Den Haag, 15.10.: „Gold tötet Menschen, Gold tötet die Biodiversität, Gold tötet das Wasser.“ Miguel Palacin weiß wovon er redet. Er ist aus Perus Goldabbauregion angereist, um bei einer öffentlichen Anhörung Zeugnis abzulegen. Dort steht die Politik der



Weltbank auf dem Prüfstand und Palacin hat nichts Gutes zu berichten: „Unsere Dorfgemeinschaften fußen auf kollektiven Rechten, aber für die Weltbank geht es immer nur um private Rechte. Für uns bedeutet ‚Entwicklung‘ die Entwicklung der Dorfgemeinschaft, aber für die Weltbank folgt ‚Entwicklung‘ immer dem neoliberalen Modell. Deshalb finanziert sie vor allem solche Projekte, die den Konzernen helfen.“

Den Konzernen hat die Weltbank auch in Kasachstan geholfen. Dort hat sie

**Miguel Palacin in Den Haag:  
„Die Weltbank fördert vor allem Projekte, die den Konzernen helfen“**

einem internationalen Konsortium aus Ölfirmen im Jahr 2002 115 Millionen US Dollar gegeben, damit es das Karachaganak-Ölfeld erschließt. Öl, das dann für den Verbrauch nach Westen transportiert wird. Svetlana Anasova berichtet, was das vor Ort heißt: „Der landwirtschaftlich nutzbare Boden ist an die Ölfirmen verpachtet worden, aber die Menschen in direkter Umgebung haben nichts von den Pachteinahmen. Sie müssen zu sehen, wie die Wasserqualität ständig schlechter wird. Die Weltbank hat bei der Kreditvergabe gesagt, dass das Projekt einen positiven Einfluss auf Kasachstan haben würde. Aber alles was wir bekommen, sind Kopf- und Brustschmerzen, Schwindel und Dauermüdigkeit, da die Ölförderung die Luft verpestet.“

Aus der ganzen Welt sind Zeugen nach Den Haag angereist, um über die Auswirkungen der Weltbankpolitik in ihren Ländern zu berichten. Sie kommen aus Nicaragua, Malawi, Nigeria und Mali und erläutern, wie sich Privatisierung und Liberalisierung auf die Elektrifizierung, den Baumwollsektor und die Ernährungssicherheit auswirken.

Zwar sind die Zeiten vorbei, in denen IWF und Weltbank Zehntausende DemonstrantInnen auf die Straße trieben. Aber die Anhörung zeigt, dass sich die Weltbank nicht grundsätzlich geändert hat. Sie hat unter dem ehemaligen Präsident Wolfensohn mit einer Charmeoﬀensive auf Kritik reagiert und massiv an ihrer Rhetorik gearbeitet. So stilisiert sich die Bank heutzutage als oberste globale Klimaschützerin. Ein Blick unter die Oberfläche zeigt jedoch, dass der Klimaschutz der Weltbank mehr Schein als Sein ist. Die Weltbank finanziert weiter massiv fossile Energien. Die Ausgaben in diesem Bereich steigen, statt zugunsten von Erneuerbaren und Energieeffizienz zu sinken: Im Jahr 2006 hat die Weltbank ihre Investitionen in Öl-, Gas- und Kohleprojekte um satte 93 Prozent von 451 auf 869 Millionen US-Dollar erhöht.

Die Versorgungssicherheit des Nordens ist immer noch bedeutender als alle anderen Überlegungen. Und auch im klimarelevanten Waldbereich kommt die Bank nicht aus den Negativschlagzeilen: Ein Anfang Oktober der Öffentlichkeit zugespielter Bericht des Inspection Panels der Weltbank, eine Beschwerdestelle für Betroffene, findet, dass die Zukunft von 15 Millionen Hektar Regenwald im Kongo gefährdet sei, weil Versuche den illegalen Holzeinschlag einzudämmen, nicht entschlossen genug angegangen würden.

Genaueres Hinsehen ist also nötig, um zu erkennen, dass sich in der Substanz wenig geändert hat. Die Weltbank ist nach wie vor eine Institution, die den Interessen und Firmen ihrer großen Geldgeber deutlich mehr nutzt, als ihrer Aufgabe „Abschaffung der Armut“ nachzukommen. Dabei ist es eine Institution, bei der die Anteilseigner, zu denen auch die Bundesrepublik gehört, über Politik und Projekte mitentscheiden. Und

sie ist eine Institution, die in regelmäßigen Abständen Geld braucht. Wie zum Beispiel jetzt: Die Gelder, die die International Development Association (IDA) bekommt, sollen Ende 2007 für die nächsten drei Jahre festgelegt werden. Von IDA können die ärmsten Länder der Welt fast zinslos sehr langfristige Kredite bekommen. Da mehr Geld abfließt, als wieder hereinkommt, muss alle paar Jahre Geld nachgeschossen werden. Solche „Wiederauffüllungsrunden“ können von den Anteilseignern für Reformen genutzt werden. Auf die Einrichtung des Inspection Panels der Weltbank ließ sich die Weltbank zum Beispiel während einer früheren Auffüllungsrunde ein.

Deshalb haben sich europäische Entwicklungs-, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen zusammengetan, um Druck auf europäische Regierungen zu machen. Die Den Haager Anhörung ist ein Baustein ihrer Kampagne, um z.B. zu erreichen, dass die Weltbank aus der Förderung fossiler Energien aussteigt, weil davon die Armen in Ölförderländern am wenigsten profitieren. Dabei ist auch die

Bundesregierung gefragt: Deutschland rühmt sich, eins der führenden Länder bei erneuerbaren Energien zu sein. Während jedoch in Windkraft und Solaranlagen investiert wird, um Klimaschutzziele zu erreichen, gehen gleichzeitig durch Zahlungen an die Weltbank Millionen in die Nutzung fossiler Brennstoffe, die das genaue Gegenteil bewirken. Wenn Regierung und Bundestag ihre Aussagen zum Klimaschutz ernst meinen, müssen sie jetzt handeln und ihren Einfluss auf die Weltbank geltend machen.

Mit politischem Druck können wir Veränderungen bei der Weltbank erzwingen. Fordern Sie deshalb mit uns Bundestag und Regierung auf, der Weltbank erst dann neues Geld zu bewilligen, wenn sie mit der Finanzierung von fossiler Energie aufhört. Mehr Informationen dazu unter [www.urgewald.de](http://www.urgewald.de) und [www.worldbankcampaigneurope.org](http://www.worldbankcampaigneurope.org)

*Regine Richter ist Biologin und arbeitet für die Umwelt- und Menschenrechtsorganisation [urgewald in Berlin](http://urgewald.de), Kontakt: [regine@urgewald.de](mailto:regine@urgewald.de)*

### ... wenn die Weltbank Ölförderung finanziert

